

19. Wahlperiode

---

**Antrag**

der Fraktion der CDU

**Gründungen vereinfachen - Einrichtung einer Gründerschutzzone!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, in einer Gründerschutzzone die für Neu-Gründer geltenden bürokratischen und steuerlichen Regelungen für drei Jahre auf ein minimales Maß zu senken. Der Senat soll vorab auflisten, welche landesrechtlichen Regelungen für diesen Zeitraum sogar ausgesetzt werden können.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. April 2022 zu berichten.

---

***Begründung:***

Menschen, die ein neues Unternehmen gründen sind voll auf damit beschäftigt ihr neues Unternehmen „zum Laufen zu bringen“. Viele Unternehmen scheitern schon nach kurzer Zeit, weil die Idee floppt, die Kunden ausbleiben, kein Fachpersonal zu finden ist oder keine geeigneten Gewerbeflächen zur Verfügung stehen. Allein diese grundsätzlichen Hürden zu meistern und die erste Zeit am Markt zu bestehen, erfordert häufig die ganze Kraft des Entrepreneurs.

Bürokratische Hürden, steuerliche Belastungen, Prüfungen und Berichtspflichten haben häufig einen (aus Verwaltungssicht) berechtigten Grund, können aber in ihrer Gesamtheit ein junges Unternehmen an die Grenze der Belastbarkeit und darüber hinaus bringen – mit der Folge, dass das Unternehmen schon im Entstehen scheitert.

Erfolgreiche Gründungen, die es schaffen sich am Markt zu behaupten, tragen maßgeblich zum Wohlstand unserer Stadt bei. Nicht aus jeder „Garagengründung“ kann ein Weltmarktführer entstehen. Dennoch schaffen diese neuen Unternehmen Arbeitsplätze und schaffen eine Umgebung für weitere ökonomische Aktivität, für Vorprodukte oder Dienstleistungen, die wiederum neue Arbeitsplätze schaffen können.

Jede ökonomisch erfolgreiche Stadt muss ein Interesse daran haben, dass Unternehmensgründer in ihrer Stadt erfolgreich sind. Eine Gründerschutzzone, die im übertragenden Sinn mit einer zeitlichen *Freihandelszone* für die ersten drei Jahre vergleichbar wäre, wäre geeignet, um den Gründer und die Verwaltung von unnötigen Regelungen zu entlasten.

Berlin, 17. Januar 2022

Wegner Gräff  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU